

Protokoll

Arbeitsgemeinschaft Bayerische Bergbauern

*der Sitzung vom 06.07.2021, 10.00-13.30 Uhr
im Staatsministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten*

Teilnehmer:

ARGE:

- Alfons Zeller, Präsident
- Dr. Michael Honisch, Geschäftsführer, AVA
- Alfred Enderle
- Ralf Huber

MdL: -

AVA:

- Franz Hage, 1. Vors.

StMELF:

AVO:

- Josef Glatz, 1. Vors.
- Nikolaus Schreyer, 3. Vors.
- Hans Stöckl, Geschäftsführer
- Susanne Krapfl, Schriftführerin
- Amtschef MD Hubert Bittlmayer
- Anton Dippold, Referat G3
- Friedrich Mayer Abt. L
- Wolfgang Wintzer, Referat L2

BBV:

- Matthias Borst
- Martin Wunderlich

Anlagen:

-

Top 1 Begrüßung

Alfons Zeller begrüßt die Anwesenden und dankt Herrn AC Bittlmayer für das Zustandekommen des Treffens.

Top 2 „Neuausrichtung“ der Ämter

AC Bittlmayer erläutert, wie es zu der Ämterreform kam und dass diese erst am Anfang steht. Die Neuausrichtung wurde gemacht, weil die Struktur zu heterogen war. Die Ämter sollten wieder zuständig werden für ihr Dienstgebiet. Die überregionalen Spezialberater hatten zu weite Wege. Es sollte wieder mehr Freiheit für die Behördenleiter geben, unterschiedliche Schwerpunkte zu setzen. Damit sollen die Themen, die vor Ort wichtig sind, adäquat, bei begrenztem Personal bearbeitet werden. AC Bittlmayer bittet um Unterstützung, falls es nicht immer rund läuft.

Josef Glatz: Die Reform führt zu einer gewissen Verwässerung, es gibt keine Spezialisten mehr, die Beratungsqualität könnte leiden. „Wir haben gemahnt, dass das ein Problem wird. Jeder kann nicht Almfachberater sein. Es hatte gut funktioniert über 10 Jahre. Wir rühren uns, wenn es Probleme gibt.“

AC Bittlmayer: Positiv ist auch, keine Stelle wurde eingezogen. Führungskräfte wurden sogar zugunsten von mehr Beratungskräften abgebaut. Es braucht jetzt Zeit, bis sich alles „einschaukelt“.

Alfons Zeller: Sorgen macht das Einwirken der Kräfte aus dem Umweltbereich. Die Ökonomie könne man kaum verhindern, „aber wir müssen sie nicht befördern“. Zeller warnt vor Polarisierung und Teilung der Landwirtschaft in Gut und Böse. „Wiesenmeisterschaften, Blümenzähler usw., das ist Anfang vom Ende“.

Ralf Huber: Ausbildungsberater wurden an den Ämtern offenbar teilweise abgezogen. Es sei falsch, an dieser Stelle zu sparen.

AC Bittlmayer stellt klar, die Ausbildungsberatung bleibt am Amt! An Regierung ist nur das „Backoffice“ gegangen. „Lediglich Verwaltungsvorgänge haben wir rausgenommen.“

Zeller: „Wir beobachten, wie sich die Neuausrichtung entwickelt und geben ggf. Rückmeldung, wenn es nicht rund läuft.“

Top 3 Düngeverordnung

Zeller: Im Berggebiet führt die Schleppschlauchtechnik zu großen Problemen, dies wurde schon öfters thematisiert. Es gibt jetzt angeblich in der Schweiz ein Verfahren, wo ähnlich wie mit Schwanenhals Gülle kurz über dem Boden ausgebracht wird.

Friedrich Mayer versichert, man sei im intensiven Kontakt mit Forschungseinrichtungen auch im Ausland. „Wir kümmern uns um diese Problematik“. Man werde etwas zulassen, was praktikabel ist. Es laufen intensive Versuche auch in Zusammenhang mit der Futtermittelschmutzung. Deutschland steht massiv durch die EU-KOM unter Druck. 95% bei den NH₃ Emissionen hat die Landwirtschaft zu verantworten. NEC Rili zwingt zu 29% Einsparung = Beschluss. Es gibt nicht nur technische Lösungen. Immerhin, 1/3 des Geldes für Gülletechnik aus der Bundesmilliarde gehe nach Bayern.

Zeller: „Wichtig ist, dass man dran bleibt am Thema. Was kann man bei Aufbereitung der Gülle evtl. tun?“

Mayer: „Auch da läuft viel.“ Mineraldünger werde immer teurer. Gülleseparation z.B. kann zukünftig Mineraldünger ersetzen.

AC Bittlmayer warnt davor, die Problematik unterschätzen. V.a. bei Ausbringung geht über die Hälfte des Ammoniaks verloren. Vorgelagert auch schon in den Ställen und bei Lagerung, sowie bei Mineraldüngern. „Wenn man in einem Block hochfährt, muss man in anderen Bereichen runterfahren.“ Schafft Deutschland das Reduktionsziel nicht, droht Zwang Tiere abzubauen, ähnlich wie in Holland. Die Folgen wären schlimmer und teurer. Ein erzwungener Abbau der Tierbestände trübe das Herz der bayerischen Landwirtschaft.

Zeller: Die DüV trifft v.a. kleine Betriebe. Die Technik muss einfacher werden. Teure, unwirtschaftliche Investitionszwänge sind für viele ein Grund aufzuhören.

AC Bittlmayer ist optimistisch, dass es um 2025 passable Lösungen geben wird. Die Wirtschaft sei erfinderisch. In den letzten Jahren gäbe es auch mehr kleinere Technik.

Alfred Enderle greift die Frage von Herrn Zeller nochmals auf und erkundigt sich nach dem Wissensstand in Bezug auf Zusatzstoffe. Es wird ausgeführt, dass noch zu wenig untersucht sei, zB. Benthonit. Enderle bittet, damit offen umzugehen. Praktiker sind oft überzeugt davon. Auch solle man bei Ausnahmeregelungen nachschärfen, weil viele Betriebe zweierlei Technik vorhalten müssen. Enderle lobt, dass es Ausnahmen gibt auf betrieblicher Ebene, „aber wegen ein paar Hektare ein großes Fass anschaffen, das führt zu kritischen Diskussionen“. Er empfiehlt größere, eher regionale Zuschnitte.

AC Bittlmayer sichert zu, das Thema Zuschlagstoffe „anzuschauen“. Bei regionaler Abgrenzung sieht das StMELF rechtliche Probleme aufgrund des Gleichbehandlungsgrundsatz.

Mayer erinnert, aus bundessicht werde Bayern sowieso schon kritisiert, „weil wir so viele Ausnahmen machen“. Bei Zuschlagstoffen gäbe es auch viel Unfug (abgesehen von Benthonit und manchen Kohlen). Wirtschaftlichkeit sei bei den benötigten größeren Mengen dann auch oft nicht gegeben.

TOP 4: Neue GAP, was bringt sie für uns?

Zeller: BM Julia Glöckner hat angeregt, ggf. zusätzlich Mittel für AGZ zu stellen. Die Diskussion um AGZ sei draußen nicht zu beruhigen. „Wir konnten die Auswirkungen der Systemumstellung für das alpine Berggebiet nicht vorhersehen.“ StM Michaela Kaniber verkündete, es gibt keine Korrektur vor 2023. „Das hat wohl wahltaktische Gründe“, damit könne man politische Zuneigung zunichte machen, das führe zu Politikverdrossenheit.

AC Bittlmayer: Die EU hat sich auf 25% Ecoschemes geeinigt und auf mind. 10% Umverteilung auf die ersten Hektare. In Deutschland steigt dieser Wert sogar (von 7%) auf 12%. Ein Vorteil für Bayern. Tierkontrollen sind auch nicht mehr sanktionsrelevant für Prämien. Frage der Sozialstandards sei jedoch noch nicht geklärt. „Wir hoffen, dass es nicht so kommt, wie angedacht.“

Deutschland hat von sich aus 25% Ecoschemes beschlossen, zunächst mit zunächst 5 Maßnahmen, dann kamen weitere über das BMU hinein. Die Umschichtung tut zunächst weh, weil einkommenswirksames Geld ist erstmal weg. Die jetzt 7 Ecoschemes sind eher für Ackerbaubetriebe relevant. Weideprämie wollte Bayern nicht, weil diese im Kulap besser aufgehoben sind. Die Maßnahmenformulierung war nicht einfach, „Blümchen zählen will auch keiner“.

Ecoschemes werden Auswirkungen auf das KULAP haben. Länder, die kein KULAP anbieten, tun sich da leichter. Die Forderung von bäuerlicher Seite, eine Prämie zu zahlen für Grünlanderhalt, hatte keine Zustimmung gefunden bei Bund und EU. Evtl gibt's einen Zuschlag für kleinstrukturierte Betriebe. Es besteht die Zusage der Ministerin, dass das zusätzliche Geld in der 2. Säule wieder den landwirtschaftlichen Betrieben zukommen wird. „Hier werden wir auch prüfen, ob wir bei der AGZ nochmal drangehen“.

Bayern hatte damals gekämpft, die AGZ nicht ändern zu müssen. Aber die EU wollte 1. die 8 biophysikalischen Faktoren, 2. keine höhere Prämie für Grünlandflächen (Verbot der doppelten Prämie) und 3. die Umstellung auf EMZ. Dies alles hat die großen Verschiebungen verursacht. Trotzdem hat die Ministerin gesagt, sich die AGZ ggf. nochmal anzuschauen. Phasing-out hat EU-KOM nur für Betriebe zugelassen, die komplett rausfallen.

Anton Dippold: uns wichtig: der neue ELER-Verteilschlüssel bedeutet unterm Strich 15 Mio € mehr für Bayern. Wie die Gelder zu verwenden sind, darüber sei noch nachzudenken. „Wir müssen auch was für die Jugend tun.“ Künftig sind plus 3% für Junglandwirte Prämie möglich. Auch Zielorientierte Maßnahmen (4 Kennarten auch auf Almen und Alpen) sollten zugelassen werden. Weitere Maßnahmen: Humusaufbau, weniger chem. PS., Bodenbrutvogelschutz u.a.

AC Bittlmayer: Es wird versucht, eine Ausnahme zu schaffen im Rahmen von GLÖZ 9: hier besteht die Bedingung, mindestens 4% Brache zu haben. Aber Ausnahme evtl. möglich für Betriebe mit weniger als 10 ha Acker oder über 75% Grünland.

Top 5: Ausgleichszulage

Zeller: Die Bergbauern mit den schwierigsten Verhältnissen haben bei der AGZ verloren. Im Unterland hingegen gibt es Zugewinne. Die ARGE fordert eine Lösung für die Bergbauern bereits in 2022.

Dippold: Die Ministerin hat bereits darauf beantwortet. „Darauf gehen wir nicht mehr ein“. Ein Zurück werde es nicht geben. Auch eine Umverteilung innerhalb der AGZ-Berechtigten werde es nicht geben! „Die Nordbayern geben nichts mehr zurück.“ Zukünftig könne man aber über eine höhere AGZ für Betriebe mit höherem Grünland-Anteil nachdenken. Z.B. wenn er 90% überschreitet. „Das hilft den betroffenen Betrieben.“ Eine einseitig regionale Betrachtung verbietet sich.

Zeller: Unsere Region war am schwersten getroffen, und uns hatte niemand gesagt, was die Umstellung für Auswirkungen haben würde.

AC Bittlmayer: Wir hatten keine Wahl. Wir können auch in 2022 nichts ändern, weil wir nicht wissen, was 2023 kommt. „Das ganze System muss betrachtet werden.“ Ab 2023 seien Änderungen in der dann bestehenden Systematik evtl. wieder möglich.

Stöckl.: Die Anrechnung der Alm-EMZ hätte oberbayerischen Betrieben mit hohem Almanteil helfen können, diese hatten besonders hohe Verluste erlitten.

AC Bittlmayer: Letztlich hängt es am Geld. Eine Umverteilung führt nur zu Verlusten an andere Stelle.

Glatz: Man hatte die AGZ den am meisten benachteiligten Betrieben genommen. „Wir haben schon lange mehr Geld im Topf eingefordert und gewarnt, die Suppe würde dünner werden.“

Dippold: wir haben nie versprochen, dass alles beim Alten bleibt.

Matthias Borst: In der Gesamtbetrachtung war es auch wichtig, dass Berggebietskulisse nicht kleiner wird. Durch die Ausweisung der besonderen Gebiete konnte da das Schlimmste verhindert werden.

Alfred Enderle bestätigt die Härte der Einschnitte in bestimmten Bereichen und meint, in Nordschwaben sehr wohl Gesprächsbereitschaft zu erkennen. „Eine angemessene Korrektur würde da zu keinem Volksaufstand führen.“ Aber mit der neuen GAP seien im Finanztopf mehr Mittel. Die AGZ habe die höchste Einkommenswirksamkeit. „Wenn die GAP, so wie geplant, Wirklichkeit wird, werden unsere Regionen wieder am meisten darunter leiden!“ Österreich setzt Hoffnungen auf ein Rabbattsystem und geht von hohen Anrechnungsmöglichkeiten aus.

AC Bittlmayer bestätigt diese Überlegungen. Wenn in Bayern keine Eco-Schemes beantragt werden, dann geht das Geld teilweise dorthin, wo die Eco-Schemes nicht greifen. „Wir rechnen mit 70 % Ökoleistungen in der 2. Säule und können vieles zur Anrechnung bringen.“ In der AMK habe man sich geeinigt, „wir haben 25% Eco-Schemes und können dann 2% anrechnen“. In der Wirkung mache das 23%. „Das ist nicht die Welt, aber immerhin.“ Bittlmayer warnt, wenn in Deutschland 1 Mrd Eco-Schemes nicht beantragt werden, nimmt Brüssel sich das überschüssige Geld wieder zurück. Deswegen müssen die Maßnahmen auch schmackhaft sein. Für Bayern stünden 180 Mio auf dem Spiel. „Jetzt müssen wir schauen, was im KULAP oder bei der AGZ gemacht werden kann. Deswegen wollten wir auch Weideprämie nicht. Da wäre viel Geld nach Norddeutschland gelaufen.“

Susanne Krapfl: Noch zur AGZ: Es war die Rede davon, dass etwa 11 Mio. fehlen.

AC Bittlmayer: Wir wissen in etwa, wieviel Geld wir für welche Maßnahmen bräuchten, auch bei AGZ. Konkrete Zahlen können aber noch nicht genannt werden.

Glatz: Grünland erscheint benachteiligt gegenüber Acker. Es müsste aber weit mehr anerkannt werden. Alles Geld gehe in den Acker.

AC Bittlmayer: Die Zusammenhänge sind sehr komplex. Eine Rolle spielt auch, wieviel Prämie wird für was bezahlt. Gewisse Prämien können für schlechte Standorte noch attraktiv sein.

Evtl. aber für Bayern nicht mehr. „Also Prämien müssen attraktiv für die Betriebe sein, und sie müssen nach Bayern fließen.“

Johann Stöckl: Ökoprämie für Almflächen?

AC Bittlmayer befürchtet hierdurch mehr Bürokratie und Abgrenzungsprobleme. „Da schaffen wir nur Unklarheiten.“ Auflagen müssten die Alpen dann in vollem Maße einhalten, aber für weniger Geld. Auch schaffe dies Zwänge bei der Stallhaltung.

Wintzer: Das Thema ist eingespeist. Vorhaben für 2023. Prämie aber nicht in voller Höhe. Keine Zusage, aber da sind wir dran. GAK sieht Gesamtbetriebsumstellung vor, deswegen wird im KULAP keine Teilbetriebsumstellung gefördert.

Michael Honisch: Alpwegebau nicht vergessen. In Schwaben heuer halb so viele Mittel wie in den Vorjahren. Lange Antragsliste.

AC Bittlmayer: Das nehmen wir mit.

6. Wolfsbekämpfung

Zeller: Wölfe müssen reguliert werden! Die Dichte sei ausreichend.

Franz Hage: Landwirte werden von Rissgutachtern nicht ernst genommen. Wenn man die Bauern alleine lässt, wird der womöglich illegal bekämpft. Er hat im Berggebiet nichts zu suchen.

Zeller: Die LfU hat einen neuen Chef, wir werden ihn einladen, unsere Region zu besuchen.

AC Bittlmayer: Mehrere Aspekte sind zu beachten. Erstens der gute Erhaltungszustand, das ist ein EU-Thema bzw. die Nationalstaaten müssten es festlegen. Dann erst könne man Bestandszahlen festlegen und entnehmen. StM Kaniber habe sich bereits in dieser Frage sehr engagiert und darauf hin einen unverschämten Brief vom BMU zurück erhalten. „Wir können in Bayern nicht zäunbare Gebiete bereits festlegen.“ Dann werden größere Gebiete als nicht zumutbar schützbare definiert. Die dritte Phase wird am längsten dauern: „die Frage wieviel Wölfe wollen wir in Bayern und wo dürfen sie (nicht) sein?“

Honisch: Dank an StM Kaniber für ihre klaren Äußerungen. „Wir hoffen, der Beschluss des Bayerischen Landtags möge in diesem Sinne entsprechend Wirkung zeigen“. Deutschland muss in der EU auf ein echtes Wolfsmanagement hinwirken. In Bayern geht der Prozess der Einstufung in schützbare/nicht schützbare Gebiete nur langsam voran.

B.: Die Intention der Umweltseite sei, der Wolf entscheidet wo er lebt. „Unsere Intention ist selbst zu entscheiden, wo er lebt darf, aber so weit sind wir noch nicht.“

Glatz kann den hohem Schutzstatus des Wolfes nicht nachvollziehen. „Wir haben die größte Wolfsdichte auf der Welt. Es gibt Millionen aussterbender Tiere und Pflanzen, aber da ist der Wolf nicht dabei.“

Zeller: Wir werden einen Termin mit LfU Chef und dem Umweltminister suchen. Leider entscheidet heute nicht die Politik, sondern die NGOs.

TOP 7. Förderung der Regionalentwicklung zu einseitig auf Öko ausgerichtet

Zeller beklagt, es gäbe Veranstaltungen mit staatlichem Personal, die einseitig für Öko werben. Dies seien Einzelprojekte, dies spalte die Landwirtschaft, „weil nur einzelne davon profitieren.“ Diese einseitige Bevorzugung sei u.U. ein Fall für Rechnungshof.

AC Bittlmayer: Dem Ministerium sind alle Bauern wichtig. Der Verbraucher entscheidet selbst, wieviel Öko er will. Aber es gibt auch ein Volksbegehren „Rettet die Bienen“, das umgesetzt werden müsse. „Wir puschen aber nicht, ohne dass der Markt dafür da ist.“ Wichtig sei, dass die Ware aus Bayern ist. „Die Ökoschiene wollen wir nicht kaputt machen.“ Bauern sollten zueinander stehen. „Wir behandeln alle gleich.“

Huber versteht die Kritik nicht ganz: „Wir haben so viele Baustellen, da ist der Kampf ob Öko oder nicht, eigentlich egal.“ Auch konventionelle Betriebe würden vom regional Marketing profitieren, dass durch Ökomodellregionen gesetzt wird. Man solle sich nicht auseinander dividieren lassen.

Enderle gibt Zeller recht in Bezug auf den immer mächtiger werdenden Einfluss der Umweltverwaltung. Dies zeige sich auch beim Betretungsrecht. Radler müssten belehrt werden. Ggf könnte man auch Älpler als Ranger einstellen. Man darf sich die Zuständigkeit nicht aus der Hand nehmen lassen. Es trifft ja die Landwirtschaft. Hier werde eine Nebenverwaltung aufgebaut, die Beschäftigung braucht.

AC Bittlmayer: Ranger ist Sache der Umweltverwaltung

Hage: Früher haben vor allem Kleinbauern aus Überzeugung mit der Biolandwirtschaft angefangen. Mittlerweile steigen viele Groß-Betriebe aus rein kommerziellem Interesse drauf ein. Sie machen den Markt kaputt. Hage bezweifelt, dass sie rrichtig kontrolliert werden.

AC Bittlmayer: wir machen keine Gewissenprüfung. Uns sind alle Betriebe gleich wichtig und wir helfen möglichst allen.

TOP 8. Abgrenzung Kombihaltung Anbindehaltung

Glatz kritisierte die Kritik an der Anbindehaltung. Der Ammoniakausstoß ist deutlich geringer, die Tiere stehen im Sommer auf der Alm oder der Weide. Jetzt will man diese Haltungs-

form nicht mehr. Bei uns waren viele geschockt. Die Worte der Ministerin haben die Bauern bei uns geschockt. Leute werden gegen die Anbindehaltung aufgehetzt. Ob die Tiere aber schlecht gehalten werden, das liegt oft am Halter. Wenn Kombihaltung nicht mehr geht, dann wird's gefährlich.

Zeller: Gefahr, dass kleine Betriebe verschwinden.

AC Bittlmayer: Es geht nur um ganzjährige Anbindehaltung. Ministerin hat in ihrer Regierungserklärung auch kein Datum genannt. Aber der Markt setzt die ganzjährige Anbindehaltung massiv unter Druck. Deswegen sollte man rauskommen aus der ganzjährigen Anbindehaltung. Wir wollen die Kombihaltung in Stufe zwei reinbringen. Wir sind das einzige Bundesland, dass über das BaySI Fördergelder in die Hand nimmt, um diesen Betrieben bei der Umstellung zu helfen. Wer weiter in der Milchviehhaltung bleiben will, muss sich wappnen. Wir wollen da helfen über Beratung und Förderung. Die Medien haben die Aussagen der Ministerin falsch transportiert. Nur Bayern ist noch gegen ein Verbot der Anbindehaltung in der AMK. Bayern steht da allein, aber Beschlüsse müssen einstimmig gefasst werden. Nur das BMEL schützt uns noch. Die Ministerin steht zur Kombihaltung und zur Weidehaltung!

Enderle: In Stufe 3 und 4 sind wir raus. QM Milch wird es ausloben. Wir sind getrieben von Norddeutschland, deshalb müssen wir die bayerischen Vorzüge herausstellen. Leider gibt es keine Bayerische Landesvereinigung mehr, die einen entsprechenden Werbe-Etat hatte. Enderle möchte sich abstimmen mit Ministerium. Es braucht klares Konzept in dieser Haltingsdebatte. Kälbertransporte spielen da auch mit rein.

AC Bittlmayer: Wir können keine Marktgeschäfte machen. Die Unternehmen reagieren auf die Nachfrage. Jede Milch ist weiß, aber wer sich unterscheidet von anderen, der kann mehr verlangen. Wir sollten uns auf unsere Stärken in Bayern besinnen? Warum z.B. produzieren wir kein Alpenfleisch? Bittlmayer betont, die Qualität muss stimmen. „Wenn Sie Ideen haben, können aber nicht selbst vermarkten, dann helfen wir mit, etwas anzuschieben“.

Dippold: Bei austauschbaren Standard Produkten sind wir nicht konkurrenzfähig. Aber wenn sich eine Gruppe findet, die etwas Innovatives anbieten will, unterstützen wir sie. Die Angabe zur genauen Herkunft eines Erzeugnisses wird immer wichtiger.

Abschließend dankt Alfons Zeller Herrn Bittlmayer für das Gespräch und die Unterstützung aus seinem Hause durch seine Mitarbeiter.

Immenstadt, 12.07.2021,

Für das Protokoll



Dr. Michel Honisch
Geschäftsführer



Alfons Zeller
Präsident